

Gedenktag für Opfer totalitärer und autoritärer Regime



Quelle: bpk/Geheimes Staatsarchiv, SPK/Bildstelle GStA PK

Am 23. August 1939 wurde der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt vom deutschen Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Vjačeslav Michajlovič Molotov unterzeichnet

Entstehungsgeschichte

Basierend auf dem im Herbst 2008 vom Europäischen Parlament angenommenen Vorschlag, den 23. August (den Tag, an dem der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt geschlossen wurde) zum „Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ zu erklären, wurde im April 2009 eine entsprechende Resolution im EU-Parlament verabschiedet: Der Antrag wurde von der „Union für ein Europa der Nationen“ eingebracht, einer nationalkonservativen, europaskeptischen Fraktion des EU-Parlaments, der auch polnische, baltische und slowakische Parteien angehörten. Sie forderte, diesen Tag zum „europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ zu erklären. Im Sommer 2009 erklärte dann auch die →OSZE-Versammlung den 23. August zum „Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus.“

Debatte

Diese Schritte stießen jedoch bei HistorikerInnen auf grundsätzliche Kritik: Yehuda Bauer, der akademische Berater der ITF (siehe Kasten S. 27), betonte, die Gleichsetzung sei eine Geschichtsfälschung, da die Sowjetunion zwar furchtbare Verbrechen begangen habe, es ihr jedoch im Gegensatz zu NS-Deutschland nicht um eine physische Auslöschung ganzer Völker etwa im Baltikum gegangen wäre.¹ Mit dem neuen Gedenktag werden nämlich ausdrücklich die Opfer beider Regime gleichgesetzt. Der Leiter der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, Günter Morsch, bezeichnete dies als „Chiffre für eine ideologisch motivierte Umdeutung der europäischen Geschichte. /.../ Ginge es wirklich nur darum, die Opfer des Kommunismus in die Erinnerung mit einzubeziehen, hätte man das Datum der Oktoberrevolution 1917 als Gedenktag wählen können.“² Laut der Historikerin Heidemarie Uhl ist somit der neue Gedenktag keine Ergänzung zum 27. Jänner, sondern seine Antithese.³ Während die Europäisierung des →Holocaust zur Frage nach der Involvierung der eigenen Gesellschaft in die NS-Verbrechen führt, befördert der neue Gedenktag dieses „negative Erinnern“ nicht. Dadurch wird das „eigene Volk“ erneut als ein unschuldiges Opfer grausamer Unterdrückung von außen (durch Stalin und Hitler) begriffen. So wird jedoch auch die Beteiligung der eigenen Gesellschaft am staatssozialistischen Herrschaftssystem geleugnet, die Verantwortung für die damals begangenen Verbrechen externalisiert.

1 Vgl. <http://www.gedenkdienst.or.at/index.php?id=585> (27.1.2010)

2 <http://www.juedische-allgemeine.de/epaper/pdf.php?pdf=../imperia/md/content/ausgabe/2009/ausgabe34/01.pdf> (27.1.2010)

3 Vgl. Uhl, Heidemarie: Neuer EU-Gedenktag: Verfälschung der Geschichte?, <http://science.orf.at/science/uhl/156602>, Artikel vom 28.8.2009 (27.1.2010)

Ljiljana Radonic